

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin
Rainstrasse 21
5415 Nussbaumen
www.max-chopard.ch



Bericht aus der Sondersession 2014

Vom 5.- 8. Mai führte der Nationalrat eine Sondersession durch um die Geschäftslast etwas abzutragen. So wurden zwei Volksinitiativen und diverse Vorstösse behandelt.

Vorstoss für eine aktive Industriepolitik

Die Alstom Schweiz ist einer der gewichtigsten Arbeitgeber der schweizerischen Maschinenindustrie mit mehreren tausend Arbeitsplätzen. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Übernahmepoker wurde bekannt, dass sich der französische Staat aktiv für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten in Frankreich einsetzt, unabhängig von künftigen Besitzverhältnissen. In der Schweiz bestehen grosse Unsicherheiten. Angesicht dieser Entwicklung reichte ich einen Vorstoss ein, mit dem ich die zuständigen Behörden aufforderte, eine aktive Industriepolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze zu machen und mit den kantonalen Behörden sowie den Sozialpartnern auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zusammen zu arbeiten.

Übertrieben Goldreserven bunkern?

Der Nationalrat lehnte die sogenannte Goldinitiative mit 129 zu 20 Stimmen ab. Selbst in der SVP, aus deren Reihen diese Knebelinitiative für die Schweizerische Nationalbank (SNB) kommt, schwand der Rückhalt. Die Initiative will strenge Regeln für die SNB: Mindestens 20% der Aktiven seien in Gold zu halten, Goldreserven sollen nicht verkauft werden und alles Gold sei in der Schweiz zu lagern. Die Ideologie dahinter ist überholt. Ein Ja würde den Handlungsspielraum der Nationalbank zum Nachteil des Landes erheblich einschränken.

Steuergerechtigkeit ist nicht verhandelbar

Eigentlich ist es nicht so kompliziert: Wenn wir Steuergerechtigkeit wollen, muss einfach jeder und jede in diesem Land seine Steuern gemäss den persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen bezahlen. Und zwar unabhängig von der Nationalität. Doch so ist es nicht.

In der Schweiz gibt es rund 5500 Pauschalbesteuerte. Diese Pauschalbesteuerung ist ein seltsames Konstrukt. Von der Pauschalbesteuerung können nur reiche Ausländerinnen und Ausländer profitieren, die in der Schweiz nicht erwerbstätig sind. Zumindest nicht offiziell. Als Bemessung der Pauschale gelten primär die Wohnkosten.

Mit der Pauschalbesteuerung werden die Rechtsgleichheit und der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit arg strapaziert. Während Normalverdienende alles Mögliche in der Steuererklärung zu deklarieren haben, schlüpfen pauschalbesteuerte Millionäre mit Sondervereinbarungen durch.

Eine landesweite Abschaffung der Pauschalbesteuerungsregel – so, wie es die Eidgenössische Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ (Abschaffung der Pauschalbesteuerung) verlangt- würde mehr Steuergerechtigkeit bringen.

Steuergerechtigkeit ist nicht verhandelbar: Sie ist gegeben oder nicht gegeben. Im Fall der Pauschalbesteuerung trifft letzteres zu. Da nützt es auch nichts, wenn steuerprivilegierten Ausländern künftig für die Pauschalbesteuerung das Siebenfache statt wie heute das Fünffache der Wohnkosten berechnet werden soll. Trotzdem empfahl der Nationalrat mit 119:59 Stimmen die Volksinitiative zur Ablehnung.

Starke Töfflärmlobby

Ab 2017 werden für neu zugelassene Motorräder strengere Lärmregeln gelten. Die Umweltkommission des Nationalrates (UREK) wollte, dass diese Regeln auch für bereits zugelassene Motorräder eingeführt und kontrolliert werden: Die Besitzer sollten zur Um- oder Nachrüstung verpflichtet werden. Während die Einen von einem "Kreuzzug gegen die Motorradfahrer" sprachen, wehrten sich Andere gegen massive Lärm- und Abgasemissionen, die Motorräder insbesondere auch entlang von Passstrassen verursachten. Teils würden sie auch extra für den „Sound“ umgebaut. Tests hätten gezeigt, dass einige Maschinen auf der Strasse bis zu 24 mal so laut seien wie erlaubt wäre. Es gehe nicht darum, Töffbegeisterten ihr Hobby zu vermiesen, sondern Auswüchse nicht länger zu tolerieren. Die Töfflärmlobby war stärker: Der Nationalrat lehnte die Motion mit 97 zu 79 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.

Keine Meldestelle für Korruption

Nationalrat Lukas Reimann hatte in einer Motion eine Meldestelle für Korruption gefordert, die ähnliche Kompetenzen haben sollte wie die Meldestelle für Geldwäscherei. Die Stelle sollte Verdachtsmeldungen prüfen und allenfalls an die Strafverfolgungsbehörden weiterleiten. Beispielsweise auch bei Fällen von Politik- und Parteienfinanzierung. Doch die Motion wurde abgelehnt. Interessant war, wie es dazu kam: Unterstützung erhielt Reimann aus den Reihen von SP und Grünen. Seine Mutterpartei, die SVP-Fraktion, lehnte den Vorstoss dagegen ab.

Keine aggressive Werbung mehr für Schuldenfallen

Aggressive Werbung für Kleinkredite soll künftig nicht mehr erlaubt sein. Dieser SP-Erfolg freute mich doppelt. Nicht nur inhaltlich, denn diese Lockvogelwerbungen für Kleinkredite werden gerade für junge Leute oft zur Schuldenfalle, sondern auch persönlich. Denn damit ist meiner ehemaligen Sitznachbarin im Rat -Josiane Aubert- just an ihrem letzten Arbeitstag im Parlament ein grosser Erfolg gelungen. Geht die Gesetzesrevision doch auf ihre Parlamentarische Initiative zurück.

Max Chopard-Acklin, im Mai 2014